



ROBIN WOOD



Deutsche Umwelthilfe

PowerShift



Gemeinsame Pressemitteilung von DNR, BUND, NABU, Robin Wood, DUH, Umweltinstitut München, PowerShift, Food & Water Europe

Fracking-Gesetzespaket tritt in Kraft

Fracking torpediert Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens

Berlin, 10. Februar 2017.

Am 11. Februar tritt das Fracking-Gesetzespaket der Großen Koalition in Kraft. Der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) mit seinen Mitgliedsorganisationen Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Robin Wood sowie die Deutsche Umwelthilfe (DUH), das Umweltinstitut München, PowerShift und Food & Water Europe befürchten, dass es nun neue Fracking-Vorhaben geben könnte. Insbesondere das Fracking in dichtem Sandstein, sogenanntes Tight-Gas-Fracking, wird durch die neuen gesetzlichen Regeln explizit erlaubt und wäre selbst in Schutzgebieten möglich. Auch für Fracking in Schiefer-, Ton-, Kohleflöz- und Mergelgestein bleibt durch „Forschungsprojekte“ eine Hintertür offen.

Die Bundesregierung spricht mit dieser Fracking-Politik ihrem eigenen Anspruch Hohn, Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu sein. Während europaweit immer mehr Staaten Fracking-Verbote beschließen, verlängert die Große Koalition in Deutschland mit dem im Juni 2016 beschlossenen Fracking-Gesetzespaket das fossile Zeitalter und bremst die Umsetzung des Klimaschutzabkommens von Paris aus. Das ist ein fatales Signal an die internationale Staatengemeinschaft, zumal Deutschland als Ausrichter des diesjährigen G20-Gipfels und als Gastgeber der Klimakonferenz der Vereinten Nationen besonders im Fokus stehen wird.

„Um die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen, braucht es ein klares Verbot jeder Art des Erdöl- und Erdgasfrackings. Statt durch Tight-Gas-Fracking weiter auf vergangene Zeitalter zu setzen und fossile Energieträger zu erschließen, muss die Bundesregierung ihren internationalen

Versprechen gerecht werden und die Energiewende beschleunigen“, erklärte DNR-Präsident Prof. Dr. Kai Niebert.

Aus Sicht der Umwelt- und Naturschutzorganisationen sind jetzt auch die Bundesländer gefordert, Fracking endgültig einen Riegel vorzuschieben. Das Gesetzespaket ermöglicht den Landesregierungen, ihr Veto gegen Fracking-Erprobungsvorhaben in Schiefer-, Ton-, Kohleflöz- und Mergelgestein einzulegen. Über die konsequente Ausweisung von Schutzgebieten könnten die Länder darüber hinaus auch Tight-Gas-Fracking ausschließen.

Für Rückfragen:

Daniel Hiß, DNR-Frackingexperte, Mobil: 0157/89203007, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de

Ann Kathrin Schneider, BUND Leiterin internationale Klimapolitik, Tel.: 030/27586-468, Mobil: 0151/24087297, E-Mail: annkathrin.schneider@bund.net

Sebastian Scholz, NABU Leiter Energiepolitik und Klimaschutz, Tel: 030/2849841617, Mobil: 0172/4179727, Email: Sebastian.Scholz@NABU.de

Dr. Cornelia Nicklas, DUH, Leiterin Recht, Mobil: 0162/6344657, E-Mail: nicklas@duh.de

Dr. Philip Bedall, ROBIN WOOD, Energiereferent, Mobil: 0160/99783336, E-Mail: energie@robinwood.de

Franziska Buch, Umweltinstitut München, Referentin für Energie und Klima, Tel: 089/30774917, E-Mail: fb@umweltinstitut.org,

Laura Weis, PowerShift, Fachpromotorin für Klima- & Ressourcengerechtigkeit, Tel.: 030/42085295, E-Mail: Laura.Weis@power-shift.de

Andy Gheorghiu, Food & Water Europe, Fracking Policy Advisor, Food & Water Europe, Tel.: 05631/5069507, Mobil: 0160/2030974, E-Mail: agheorghiu@fweurope.org